

WIRTSCHAFTSCHRONIK

I. QUARTAL 1998

Elf Länder (Belgien, Deutschland, Spanien, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal und Finnland) erfüllen alle Voraussetzungen, um die europäische Währungsunion zu bilden. Zu diesem Schluß kommen die Europäische Kommission und das Europäische Währungsinstitut in ihren Konvergenzberichten, die dem Rat als Empfehlung für den Übergang zur dritten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion – der Einführung des Euro – dienen. Im Zuge der Osterweiterung nimmt die Europäische Kommission ihre Verhandlungen mit Estland, Polen, Slowenien, Tschechien, Ungarn und Zypern auf. Der IMF sowie die G-7-Länder schätzen die Dämpfung des weltweiten Wirtschaftswachstums durch die Asienkrise auf 1 Prozentpunkt.

1. Jänner: Großbritannien übernimmt nach Luxemburg und vor Österreich den Vorsitz des Rates der Europäischen Union.

AUSLAND

In Rußland wird der neue Rubel in Umlauf gebracht. Durch eine „Redomination“ ist die neue Währungseinheit ein Tausendstel der alten Rubeleinheit, ein 1.000-Rubel-Schein wird somit durch einen 1-Rubel-Schein ersetzt.

12. Jänner: Vier deutsche Universitätsprofessoren reichen beim deutschen Verfassungsgericht eine Verfassungsbeschwerde ein: Die ungenügende Konvergenz der Teilnehmerländer der WWU bedeute für Deutschland eine Verletzung von Grundrechten durch die Einführung des Euro. (Diese Klage wurde Anfang April abgewiesen.)

28. Jänner: Die EU-Kommission verhängt ein Bußgeld von 102 Mill. ECU (201 Mill. DM) gegen den Volkswagen-Konzern. Die Anweisung an seine Händler in Italien, Kunden aus anderen EU-Staaten nicht zu beliefern, bedeute eine unzulässige Wettbewerbsverzerrung.

5. Februar: In zahlreichen deutschen Städten finden Demonstrationen gegen die hohe Arbeitslosigkeit statt. Gegenwärtig sind 4,82 Mill. Arbeitslose gemeldet, dies entspricht einer Arbeitslosenquote von 12,6%. In Ostdeutschland beträgt die Quote 21,1%.

Abgeschlossen am 1. April 1998.

22. Februar: Die Finanzminister und die Notenbankgouverneure der G-7-Staaten widmen ihr Treffen in London dem Thema der Asienkrise. Übereinstimmend mit dem IMF schätzen sie die aus der Asienkrise resultierenden Wachstumseinbußen für die Weltwirtschaft für 1998 auf unter 1 Prozentpunkt.

Die Finanz-, Wirtschafts- und Arbeitsminister der G-8-Länder diskutieren die Auswirkungen der Globalisierung auf die Beschäftigung. Dabei wird ein Prinzipienkatalog zu Wachstum und Beschäftigung sowie zur sozialen Integration erstellt. Reformen des Steuer- und Sozialhilfewesens sollen marktgerechte Anreize setzen, um Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger zu einer Rückkehr in den Arbeitsmarkt zu motivieren. Bildungs- und Weiterbildungsprogramme für Jugendliche und Langzeitarbeitslose sollen die Fähigkeiten während des gesamten Arbeitslebens fördern.

27. Februar: 12 Mitgliedstaaten der Europäischen Union – Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Österreich, Portugal und Spanien – geben ihre Wirtschaftsindikatoren für 1997 bekannt. Die Europäische Kommission beurteilt auf dieser Grundlage die Erreichung der Konvergenzkriterien.

8. März: Der IMF hält eine Kredittranche von 3 Mrd. \$ des Beistandskredites an Indonesien über 10 Mrd. \$ zurück, da die geforderten Reformen nicht ausreichend umgesetzt wurden und die Option einer Bindung der Rupiah an den Dollar nicht aufgegeben wurde.

12. März: Die 15 Mitgliedstaaten der EU sowie die 11 Beitrittskandidaten aus Ost-Mitteleuropa (MOEL 10: Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Slowenien, Estland, Lettland, Litauen) und Zypern (nicht aber die Türkei) nehmen an der ersten Europa-Konferenz teil. Die historische Bedeutung dieses Treffens liegt in der Demonstration der Überwindung der Teilung Europas.

15. März: Die griechische Drachme nimmt als zwölfte Währung am Wechselkursmechanismus des Europäischen Währungssystems teil. Der Leitkurs des irischen Pfund wird gegenüber den anderen Währungen im Wechselkursmechanismus um 3% aufgewertet. Die Paritäten zwischen den anderen Währungen blieben unverändert.

18. März: Die Europäische Kommission präsentiert die legislativen Texte zur „Agenda 2000“. Dieses Paket enthält die Rechtsvorschriften zur Umsetzung der Reformvorschläge der Gemeinsamen Agrarpolitik, den neuen rechtlichen Rahmen für die Strukturfonds und den Kohäsionsfond, das Regelwerk für die neuen „Heranführungsinstrumente“ und die neue finanzielle Vorschau für den Zeitraum 2000/2006.

21.–22. März: Ein informelles Treffen der EU-Finanzminister bereitet den Euro-Gipfel im Mai vor. Dabei gehen

die Finanzminister von einer Teilnahme von 11 Ländern an der Währungsunion aus. Wim Duisenberg wird voraussichtlich Präsident der Europäischen Zentralbank. Keine Einigung erzielen die Teilnehmer über die sechs künftigen Mitglieder des Präsidiums der Europäischen Zentralbank.

25. März: Die Kommission der Europäischen Union gibt ihre Empfehlung über die Teilnehmerstaaten an der Währungsunion ab. Demnach erfüllen 11 Länder (Belgien, Deutschland, Spanien, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Österreich, Portugal und Finnland) die Konvergenzkriterien und können ab 1. Jänner 1999 die Währungsunion bilden. Griechenland und Schweden erfüllen die Voraussetzungen nicht, Großbritannien und Dänemark nehmen aus politischen Gründen an der WWU nicht teil.

30. März: Die Beitrittsverhandlungen der EU mit den MOEL 5 (Estland, Polen, Slowenien, Tschechien, Ungarn) und Zypern beginnen.

31. März: Die OPEC-Länder beschließen anlässlich einer außerordentlichen Tagung in Wien eine freiwillige Reduktion ihrer Fördermengen ab 1. April um 1,245 Mill. Faß pro Tag, um einem weiteren Verfall der Rohölpreise entgegenzuwirken. Wegen der außergewöhnlichen Situation wird der Irak von dieser Beschränkung ausgenommen und kann somit seine Fördermengen beibehalten.

5. April: Die Asem 2, die Konferenz der 15 EU-Staaten, der EU-Kommission und 10 asiatischer Staaten (Brunei, Malaysia, Indonesien, Philippinen, Singapur, Thailand, Vietnam, Japan, China und Südkorea), findet in London statt. Unter dem Eindruck der Asienkrise wird die Gründung eines „Asem Trust Fund“ beschlossen, der zusätzliche technische Expertisen zur Lösung der Finanzkrise beitragen soll. Die Teilnehmer fordern Reformen des internationalen Finanzsystems, um solche Krisen künftig verhindern zu können. Gleichzeitig verpflichten sich die teilnehmenden Politiker, der Asienkrise ohne protektionistischen Druck entgegenzuwirken, das bestehende Maß an Marktoffenheit beizubehalten und weitere multilaterale Liberalisierungsschritte vorzunehmen.

ÖSTERREICH

1. Jänner: Ein Bundesgesetz, mit dem das Börsegesetz 1989, das Einführungsgesetz zur Zivilprozeßordnung, das Wertpapieraufsichtsgesetz, das Aktiengesetz 1965 und das Bankwesengesetz geändert werden und das die Überleitung des Wiener Börsfonds und der Wiener Börsekammer in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung regelt (Börsfondsüberleitungsg, BGBl. I 11/1998), tritt in Kraft. Es ermöglicht eine Neustrukturierung der Wiener Börse, indem die bisherige öffentlich-rechtliche Börsekammer durch ein privat geführtes Börseunternehmen, der Wiener Börse AG, ersetzt wird.

Die Handelsangestellten erhalten seit Jahresbeginn einen um 1,6% bis 1,8% höheren Kollektivvertragslohn; dabei sollen niedrige Einkommen von der Erhöhung stärker profitieren. Eine 4-Tage-Woche, in der die tägliche Normalarbeitszeit ohne Überstundenzuschläge

Die Familienförderung wird in den nächsten zwei Jahren stufenweise angehoben. Im Jahr 2000 wird jedes Kind pro Jahr mit 6.000 S zusätzlich gefördert werden. Dadurch werden die öffentlichen Haushalte ab dem Jahr 2000 zusätzlich mit 13 Mrd. S pro Jahr belastet. Dies war nicht zuletzt durch die Aufhebung von Teilen des Einkommensteuergesetzes betreffend die Familienbesteuerung durch den Verfassungsgerichtshof notwendig geworden. – Der Ankauf der Anteile der Steyr-Daimler Puch AG und der Steyr Fahrzeugtechnik AG & CoKG aus dem Besitz der Creditanstalt durch den kanadischen Autozulieferer Magna kommt zustande, nachdem das zu Jahresbeginn gelegte Offert um 500 Mill. S auf 4 Mrd. S erhöht wurde.

10 Stunden erreichen kann, soll zur Flexibilisierung der Arbeitszeit beitragen.

Die Bezüge der Eisenbahner werden um 1,7% angehoben; im Juli 1998 tritt eine zusätzliche Erhöhung um 0,4% des Bezugs vom Dezember 1997 in Kraft.

1. Februar: Die Kollektivvertragslöhne der von der Gewerkschaft Metall-Bergbau-Energie vertretenen Branchen werden um 2,7% erhöht. Für die Ist-Löhne wird eine Verteilungsoption vereinbart: Über eine Betriebsvereinbarung können 0,5% der Gehaltssumme innerbetrieblich verteilt werden; die Erhöhung beträgt dann 1,9%. Kommt keine Vereinbarung zustande, dann wer-

den die Ist-Löhne um 2,1% angehoben. Die Bezieher niedriger Löhne sollen gefördert werden.

11. Februar: Nach der Aufhebung von Bestimmungen im Einkommensteuergesetz betreffend die Familienbesteuerung durch den Verfassungsgerichtshof einigen sich die Koalitionsparteien auf ein neues „Familienpaket“. Der Regierungsentwurf sieht für 1999 eine Erhöhung des derzeit gestaffelten Kinderabsetzbetrags um 125 S pro Kind und Monat auf 475 S für das erste Kind, 625 S für das zweite Kind und 825 S für jedes weitere Kind vor. Die Familienbeihilfe wird ebenfalls um 125 S pro Kind und Monat auf 1.525 S für das erste Kind, 1.675 S für das zweite Kind und 1.975 S für jedes weitere Kind angehoben. Im Jahr 2000 soll der Kinderabsetzbetrag um 350 S pro Monat und Kind auf 700 S hinaufgesetzt werden, die Mehrkindstaffelung entfällt. Die Familienbeihilfe steigt um weitere 150 S pro Kind und Monat. Die Mehrkindstaffelung wird nur noch in der Familienbeihilfe wirksam sein. Für einkommenschwächere Familien wird eine besondere Mehrkinderstaffel von zusätzlich 400 S pro Kind und Monat ab dem dritten Kind eingeführt. Der Alleinverdiener- bzw. Alleinerzieherabsetzbetrag wird in voller Höhe (bis 5.000 S) in die Negativsteuerregelung einbezogen. Die daraus resultierende Förderung pro Kind wird ab 1999 pro Jahr zusätzlich 3.000 S betragen, ab 2000 6.000 S.

23. Februar: Österreich übergibt der Europäischen Kommission als erstes Land einen Wirtschaftsbericht für 1997, welcher der Kommission als Grundlage für ihre Empfehlung einer Teilnahme an der WWU dient. Demnach betragen 1997 der Finanzierungssaldo des Gesamtstaates -2,5% des BIP, die Staatsschuld 66,1% des BIP, die Inflationsrate 1,1% und die langfristigen Zinsen 5,6%.

23. März: Der Aufsichtsrat der Creditanstalt stimmt dem Verkauf seiner Beteiligung an der Steyr-Daimler Puch AG von 66,8% und der Beteiligung an der Steyr Fahrzeugtechnik AG & CoKG von 50% an Magna International zu. Der Kaufpreis beträgt 4 Mrd. S (SDP 2,2 Mrd. S, SFT 1,8 Mrd. S).